

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen
in seiner geänderten Fassung
und
zu der Mehrseitigen Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden
über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten
und
zu der Mehrseitigen Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden
über den Austausch länderbezogener Berichte**

Vom 26. August 2021

I.

Das Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner durch das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens geänderten Fassung (BGBl. 2015 II S. 966, 967, 986) wird nach seinem Artikel 28 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel IX Absatz 3 des Protokolls für

Botsuana* am 1. Oktober 2021
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalten nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a und d sowie abgegebenen Erklärungen zu den Anlagen A, B und C des Übereinkommens

Jordanien* am 1. Dezember 2021
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalten nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a und b sowie abgegebenen Erklärungen zu den Anlagen A und B des Übereinkommens

Paraguay* am 1. November 2021
nach Maßgabe von bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalten nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a bis f sowie abgegebenen Erklärungen zu den Anlagen A und B des Übereinkommens

in Kraft treten.

II.

Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten (BGBl. 2015 II S. 1630, 1632) wird bekannt gemacht, dass die Mehrseitige Vereinbarung nach ihrem § 7 Absatz 2.1. für die Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu folgendem weiteren Staat, der bis zum 30. Dezember 2015, dem Tag des Inkrafttretens des Gesetzes, die Mehrseitige Vereinbarung unterzeichnet hat, wirksam geworden ist:

Albanien

am 19. Oktober 2020.

III.

Die Niederlande* haben am 5. August 2020 gegenüber dem Verwahrer im Namen von Aruba eine Erklärung nach Artikel 28 Absatz 6 in Verbindung mit Artikel 6 des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in seiner durch das Protokoll vom 27. Mai 2010 geänderten Fassung sowie in Bezug auf die Mehrseitige Vereinbarung vom 27. Januar 2016 zwischen den zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte (BGBl. 2016 II S. 1178, 1179) abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 10. Mai 2021 (BGBl. II S. 528) und 3. August 2020 (BGBl. II S. 709).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, zu dem Protokoll sowie zu den Mehrseitigen Vereinbarungen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Das Gleiche gilt für die Angaben zu den Anlagen A, B und C des Übereinkommens. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 26. August 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Kurt Georg Stöckl-Stillfried

**Bekanntmachung
über die Beendigung möglicher Wirkungen der Nachwirkungsklausel
des Vertrages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Volksrepublik Polen
über die Förderung und den gegenseitigen
Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 26. August 2021

Das Übereinkommen vom 5. Mai 2020 zur Beendigung bilateraler Investitionsschutzverträge zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (BGBl. 2021 II S. 3, 4) ist für Polen am 4. April 2021 sowie für die Bundesrepublik Deutschland am 9. Juni 2021 in Kraft getreten (BGBl. 2021 II S. 599).

Nach Artikel 3 des Übereinkommens werden mögliche Wirkungen der Nachwirkungsklausel nach Artikel 14 Absatz 3 des mit Ablauf des 18. Oktober 2019 außer Kraft getretenen Vertrages vom 10. November 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in der Fassung des Änderungs- und Ergänzungsprotokolls vom 14. Mai 2003 (BGBl. 1990 II S. 606, 607; 1991 II S. 1049; 2005 II S. 535, 536; 2005 II S. 1204; 2019 II S. 65)

mit Wirkung vom 9. Juni 2021

beendet.

Berlin, den 26. August 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick